Forderungspapier gegen die geplanten Asylrechtsverschärfungen, menschenrechtswidrigen Maßnahmen und Grundrechtseinschränkungen

Veröffentlicht am 09.05.2023

Ankunft, Inhaftierung, Abschiebung. Das könnte in Europa bald das offizielle Verfahren im Umgang mit Menschen auf der Flucht sein.

Beim morgigen Fluchtlingsgipfel der Ministerpräsident*innen sollte es eigentlich um Unterstutzung fur Kommunen in Deutschland gehen. Doch die Bundesregierung weigert sich, Verantwortung zu ubernehmen. Insbesondere SPD und FDP möchten stattdessen uber sogenannte migrationsverhindernde Maßnahmen sprechen. Eine Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, verstärkte Abschiebehaft, mehr Sammelabschiebungen auf deutscher und Einfuhrung von Asylschnellverfahren in haftähnlichen Ankunftszentren auf europäischer Ebene stehen auf der Tagesordnung. Diese Maßnahmen wurden die faktische Abkehr von rechtsstaatlichen Asylverfahren und internationalen Abkommen sowie das Ende des Fluchtlingsschutzes in Europa bedeuten. Die Erfahrungen des “EU Turkei Deals” zeigen, dass diese Form der Abschottung nicht zu geringeren Migrationszahlen, sondern stattdessen zu Haftzentren und Massencamps wie ehemals Moria fuhren.

Haftzentren schaffen keine Entlastung von Kommunen. Wenn Wohnraum fur die Unterbringung, Geld an Schulen und Plätze in Kitas fehlen, dann verschulden das nicht zu viele Gefluchtete, sondern die ehemalige große Koalition, die die soziale Infrastruktur in Deutschland jahrzehntelang kaputtgespart hat. Dass die Ampel diesen desaströsen Kurs jetzt nicht nur halten, sondern sogar verschärfen möchte, ist eine menschliche Katastrophe. Besonders FLINTA Personen leiden unter den schon jetzt katastrophalen Unterbringungsbedinungen. Gefluchtete sind nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Wir fordern daher: Milliarden an die Kommunen! Alle Kommunen mussen die Unterstutzung erhalten, die sie benötigen.

Neben finanziellen Mitteln braucht es auch Solidarität zwischen den Kommunen. Über 300 Kommunen haben sich seit 2018 als “sichere Häfen” erklärt und viele von ihnen wären bereit, mehr Menschen aufzunehmen.

Wir stellen daher die folgenden Forderungen an die Bundesregierung:

Faire, erreichbare Zugänge zu geregelten Asylverfahren inkl. geschlechts- und diskriminierungssensibler Bedingungen ermöglichen:
Menschenrechtswidrige Asylschnellverfahren, Abschiebeknäste und Sammelabschiebungen sollen abgeschafft werden.

Bleiberecht und Teilhabe:
Arbeitsverbote und teilweise jahrelange ungeklärte und unsichere Aufenthaltserlaubnisse fuhren zu starken persönlichen Belastungen und verhindern eine soziale und wirtschaftliche

Beteiligung an gesellschaftlichen Aufgaben.

Freie Wohnortwahl statt Zwangsunterbringung und Residenzpflicht:
Das Leben in Massenunterkunften ist besonders fur Frauen, Kinder, queere und trans-Personen belastend, gefährlich und traumatisierend. Eine freie Wohnortwahl und die Unterstutzung bei selbstständiger Wohnraumsuche entlastet Kommunen und Notunterkunfte, aktiviert ehrenamtliches Engagement und fördert eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland.

Finanzielle Unterstutzung von Kommunen in angemessener Höhe fördern und solidarische Strukturen auf kommunaler Ebene stärken:
Außerdem schließen wir uns den Kommunen in der Forderung nach stärkerer finanzieller Unterstutzung an. Alle Kommunen mussen die Unterstutzung erhalten, die sie benöti gen, um eine sichere Aufnahme, menschenrechtsorientierte Unterbringung und zukunftsorientiertes Ankommen von Gefluchteten zu ermöglichen.

Ein Fluchtlingsgipfel, der sich in erster Linie damit beschäftigt, wie man Gefluchtete bekämpft, kann keinen Erfolg haben. Es sind die tatsächlichen Probleme vor Ort, sowie die oft menschenunwurdige Unterbringung, die bekämpft werden mussen. Da Gefluchtete nicht Teil des Problems, sondern der Lösung sind, fordern wir Sie jetzt auf, danach zu handeln!

Kommt zur Kundgebung anlässlich des Flüchtlingsgipfels der Ministerpräsident*innen am Mittwoch, 10.05.23 um 12:00 Uhr vor dem Kanzleramt in Berlin!

Original: https://rolling-safespace.org/2023/05/09/forderungspapier_fluechtlingsgipfel/